Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1918 Nr. 43 — für Anhalt und Thüringen. — Jahrgang 211

Bezugspreis: Für Halle und Vororte monatlich Mk. 1.25, für das Vierteljahr Mk. 3.75 frei ins Haus. Durch die Post bezogen monatlich Mk. 1.34, für das Vierteljahr Mk. 4.02, einschließlich der postal. Zustellungsgebühr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich dreizehnmal. Kostenfreie Beilage: „Hallesches Courier".

Morgen-Ausgabe

Donnerstag, 24. Januar

Anzeigenpreis: Für Halle und Vororte kostet die 40 mm breite Kolonelzeile 25 Pfg. Gelegenheitsanzeigen 20 Pfg. mit 10% Aufschlag. Auswärtige Anzeigen Zeile 60 Pfg. mit 10% Aufschlag. Reklamen 100 Pfg. Rabatt nach Tarif. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle und allen bekannten Annoncen-Expeditionen. Postscheckkonto Leipzig 50513.

Geschäftsstelle Leipzigerstraße 61/62. Fernruf Sammelnummer 7801. Nach Geschäftsschluß: Schriftleitung 5610, Geschäftsstelle 5608 u. 5609. ::: Hauptschriftleiter: Dr. Hans Simon, Halle-Saale. :::

Eigene Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung Bernburgerstraße 30. — Fernsprecher Amt Kurfürst Nr. 6296. ::: Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale. :::

Lebhaftere Artillerietätigkeit an der Brenta

Hindenburg und Ludendorff beim Kaiser

Berlin, 23. Jan. Amtlich. Zum militärischen Vortrag bei Sr. Majestät dem Kaiser sind Generalfeldmarschall von Hindenburg und Erster Generalquartiermeister General Ludendorff heute früh in Berlin eingetroffen.

Berlin, 23. Jan. Nach dem „B. T." gilt der erneute Besuch des Generalfeldmarschalls und seines ersten Generalquartiermeisters ausschließlich militärischen Fragen, die im großen Zusammenhange beim Kaiser erörtert werden sollten.

*

Berlin, 23. Jan. Generalfeldmarschall von Hindenburg und Erster Generalquartiermeister General Ludendorff sind am 23. Januar abends in das Große Hauptquartier zurückgekehrt.

Empfänge beim Kaiser

Berlin, 23. Januar. (Amtlich.) Der Kaiser empfing heuteen den Reichskanzler zum Vortrag und den Professor Dr. Sauerbruch in Audienz. Später hörte der Kaiser den Generalstabsvortrag. Ferner empfing der Kaiserr den zum Präsidenten des Oberlandesgerichts in Kassel ernannten Wirklichen Geheimen Justizrat Frische.

Vernünftige Worte des Generals von Arz

Wien, 22. Jan. In einer Unterredung mit dem Kriegsberichterstatter des „Neuen Wiener Tagblattes" wies Generalstabschef v. Arz auf die Unmöglichkeit der Zurückziehung der Truppen aus den besetzten Gebieten hin, und ein der Unterredung beiwohnender Offizier fügte zur Erläuterung bei, daß der größte Teil der russischen Truppen, die in dem noch vom Gegner besetzten Zipfel Ostgaliziens standen, ihre Schützengräben verlassen haben, und daß Räuberbanden, die aus russischen Marodören gebildet seien, sengend und plündernd die Gegend durchzögen. Der Generalstabschef verwies schon darauf, daß die übrige Entente noch keinen Schritt zum Frieden getan habe. Rumänien sträubte sich heftig gegen den Eintritt in Friedensverhandlungen, Italien spreche noch immer von der Angliederung von Triest und Trient. Mit keinem Wort habe die Entente bisher die Selbstverständlichkeit der Rückgabe der deutschen Kolonien betont. „Aus allen Gründen erscheint mir," schloß Freiherr v. Arz, „die hochgespannte Friedenshoffnung, die ich in den letzten Wochen in der Bevölkerung verbreitete, verfrüht."

Bestürzung in Frankreich über die Verständigung mit der Ukraine

Bern, 23. Jan. Das einstweilige Abkommen der Ukraine mit den Mittelmächten hat in Frankreich allgemein überrascht. Die Presse gibt ihrem Erstaunen und ihrer Bestürzung offenen Ausdruck. Die Abendblätter weisen darauf hin, daß die Mittelmächte dadurch einen Druck auf die Maximalisten ausüben und gleichzeitig auf die reichen Provinzen Rußlands indirekt einwirken können. „Journal" erklärt, die Mittelmächte hätten dadurch den einzig ernstlichen Widerstand auf der Ostfront ausgeschaltet. „Matin" glaubt, daß eine neue Phase in den diplomatischen Unterhandlungen von Brest-Litowsk begonnen hat, die auf die allgemeine Lage zweifellos eine Rückwirkung ausüben werde. „L'Oeuvre" und „Humanité" fordern die Entente dringend auf, mit der Ukraine in freundschaftliche Fühlung zu treten und sie politisch, militärisch und wirtschaftlich als Gegengewicht gegen die Maximalisten zu stützen.

Der Bürgerkrieg in Rußland

Petersburg, 22. Januar. P.T.A. Die von Charkow nach Poltawa abgesandten Abteilungen des Sowjets haben eine Schlacht gegen die Truppen der Rada von Kiew geliefert. Die Truppen der Rada wurden vollkommen geschlagen. Die Stadt ist in den Händen der Abteilungen der Sowjets. In der vereinigten Sitzung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte wurden die Vertreter des ausführenden Zentralausschusses von Charkow mit Begeisterung begrüßt. In Poltawa herrscht allgemeine Freude.

Eine Entschließung des Arbeiter- und Soldatenrates

Petersburg, 22. Jan. P.T.A. Der Arbeiter- und Soldatenrat nahm in seiner Sitzung am 20. Januar folgende Entschließung an: „Der Arbeiter- und Soldatenrat hat erfahren, daß Schingarew und Kokoschkin im Hospital getötet worden sind. Er verurteilt ein solches Verbrechen. Die Arbeiterklasse wird niemals billigen, daß unsere Gefangenen angetastet werden, mag ihr politisches Bekenntnis an dem Volk und an der Revolution noch so groß und die Entrüstung über die Führer der Gegenrevolution noch so gerecht sein. Der Arbeiter- und Soldatenrat fordert die Soldaten auf, in ihrer Gesamtheit ein solches Verbrechen zu tadeln und wendet alles an, damit die revolutionäre Ordnung aufrechterhalten werde. Der Arbeiter- und Soldatenrat billigt die von den Volksbeauftragten getroffenen energische Maßnahmen."

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 23. Jan., abends. (Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 23. Jan. Amtlich wird verlautbart:

Beiderseits der Brenta war die Artillerietätigkeit lebhafter als in den letzten Tagen.

Der Chef des Generalstabes.

Die Petersburger Morde

Petersburg, 22. Jan. P.T.A. Dringender Befehl an alle Kommissariate, Präsidenten der Sowjets, Ausschüsse für den Kampf gegen die Pogrome, an das Hauptquartier der Roten Garde, an den Ausschuß zur Bekämpfung der Gegenrevolution, an den Kommissar für Kriminalangelegenheiten und an die Kommissare der Bahnhöfe von Petersburg, sofort alle Kräfte in Bewegung zu setzen zur Ermittelung der Matrosen und Roten Gardisten, die heute nacht um 1 Uhr in das Marinehospital eindrangen und Schingarew und Kokoschkin ermordet haben. Die Schuldigen sind zu verhaften und nach dem Smolny-Institut Zimmer 75 zu bringen. Ueber den Gang der Ermittelungen ist alle zwei Stunden Bericht zu erstatten. 21. Januar 1918. gez. Lenin, Justizminister, Steinberg.

Auf der Spur der Mörder

Petersburg, 22. Jan. P.T.A. Der Volkskommissar ist benachrichtigt worden, daß die Polizei die Spur der Mörder Schingarews und Kokoschkins gefunden hat.

Die amtlichen Beziehungen zwischen London und Petersburg

London, 19. Jan. Reuter. Unterhaus. In Beantwortung einer Anzahl von Fragen über die britischen diplomatischen Beziehungen zur Petersburger Regierung sagte Balfour: „Wir haben diese Regierung nicht als de facto oder de puro bestätigte Regierung des russischen Volkes anerkannt, aber wir lassen die notwendigen Geschäfte auf unoffizielle Weise durch einen Agenten führen, der nach den Weisungen unserer Botschaft in Petersburg handelt. Die Regierung der Bolschewiki hat Litwinow zu ihrem Vertreter in London ernannt, und wir sind im Begriff, in ähnlich unoffizielle Beziehungen zu ihm zu treten. Naboko, der unter der jetzigen republikanischen Regierung Geschäftsträger war, wird wahrscheinlich in London bleiben, bis er entweder bestätigt oder seines Postens von einer als Vertreter des russischen Volkes anerkannten Regierung enthoben wird. Der gegenwärtige Zustand ist augenscheinlich sowohl unregelmäßig als vorübergehend und unter diesen Umständen kann nicht in die übliche diplomatische Arbeit eingetreten werden. Das ist nach unserer Auffassung das beste, was sich tun läßt, um den unmittelbaren Notwendigkeiten des Augenblicks zu begegnen."

Besprechungen in Paris

Paris, 23. Jan. Havas verbreitet folgende „Temps"-Meldung: Es ist wahrscheinlich, daß in Paris Unterredungen zwischen Clémenceau, Lloyd George und Orlando stattfinden, wenn letzterer durch Frankreich reisen wird, um nach Italien zurückzukehren. Es steht aber nicht in Frage, in nächster Zeit eine allgemeine Besprechung der Alliierten zusammenzuberufen.

Die bulgarische Vertretung in Brest-Litowsk

Sofia, 23. Jan. Infolge Vertagung der Verhandlungen zu Brest-Litowsk werden die bulgarischen Delegierten Justizminister Porow und der Generalkonsul in Budapest Stoimovitsch übermorgen in Sofia eintreffen, um der Regierung Bericht zu erstatten und Instruktionen entgegenzunehmen. Der bevollmächtigte Minister Kussew, gleichfalls Mitglied der bulgarischen Delegation, ist vorgestern hier angekommen.

Feldmarschallleutnant von Hoefer †

Wien, 23. Jan. Den Blättern zufolge ist der Sektionschef im Kriegsministerium, der frühere Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, Feldmarschallleutnant von Hoefer, plötzlich gestorben.

Die amerikanische Schiffsnot

Bern, 22. Januar. Es verlautet, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sämtliche amerikanische Segelschiffe übernehmen will. Nach Angabe des Handelssekretärs zählt die amerikanische Segelschiffsflotte mindestens 500 Schiffe mit über je 1000 Tonnen.

Englische Verschleierungsversuche

England hat seit Kriegsbeginn so oft und so feierlich versichert, daß es nur zum Schutze der allgemeinen Menschenrechte und der kleinen Nationen in den Krieg gegangen sei, und daß ihm nichts ferner liege, als für sich selbst durch Vergrößerung seines Länderbesitzes daraus Nutzen zu ziehen, daß es jetzt einigermaßen in Verlegenheit ist, wie es seine ländergierigen Ziele verwirklichen soll, ohne die Behauptung seiner Uneigennützigkeit allzu sehr bloßzustellen. Es ist interessant, zu verfolgen, wie die vielgewandte, englische Politik sich jetzt bemüht, Auswege aus diesem Dilemma zu finden. Mesopotamien soll ein selbständiger Staat werden unter einem — von England natürlich ganz unabhängigen — ägyptischen Prinzen; in Palästina soll ein jüdisch-zionistisches Staatsgebilde aufgerichtet werden, mit Unterstützung des — von England ebenso unabhängigen — Lords Rothschild und anderer Finanzgrößen, und in Zentralasien soll ein selbständiges Reich gebildet werden unter der internationalen Leitung und Ueberwachung des noch zu gründenden Völkerbundes.

Die beiden ersten Pläne können zunächst der Sorge der Türkei als des zunächst beteiligten Staates und der weiteren, militärischen Entwicklung in Asien überlassen bleiben; mit den zentralafrikanischen Plänen Englands uns sehr sorgsam zu beschäftigen, haben wir aber allen Anlaß. Ist es dabei doch hauptsächlich auf die deutschen Schutzgebiete abgesehen, — in erster Linie auf Deutsch-Ostafrika und Kamerun; wahrscheinlich soll aber auch Deutsch-Südwestafrika in diesem internationalen Staatengebilde aufgehen, wenn es nicht, was England natürlich in erster Linie erwünscht wäre, in Britisch-Südafrika einverleibt werden kann. Daß in diesem Staatengebilde nicht nur deutsche Kolonien, sondern zugleich auch Französisch-Aequatorialafrika, Belgisch-Kongo und der portugiesische ost- und westafrikanische Kolonialbesitz aufgehen sollen, kann englische Großzügigkeit nicht hindern, die zu jedem Opfer der Entente bereit ist, wenn es sich darum handelt, die großen Ziele der internationalen Völkerbefreiung zu verwirklichen. Wenn die übrigen Ententegenossen, die bei dieser Gründung allerdings die Kosten zu tragen hätten, sich zu dieser Höhe der Selbstlosigkeit nicht erheben können, so liegt das wohl daran, daß sie sich die vorbildliche, englische Großzügigkeit in der Verwirklichung der Völkerbefreiung noch nicht ganz zu eigen machen könnten. Portugal wenigstens, das in erster Linie der Leidtragende wäre, scheint diesem Plan kein volles Verständnis entgegenzubringen. Die portugiesischen Sozialisten haben dagegen Einspruch erhoben und auch die portugiesische Presse macht neuerdings Front dagegen. So hat sich vor kurzem die „Lueta" gegen diese „Beraubung des portugiesischen Volkes" gewandt; ebenso hat der „Comerzio do Porto" diesen Plan abgelehnt und dabei darauf hingewiesen, daß das neue Staatengebilde voraussichtlich nur allzu bald von der südafrikanischen Nation für sich erpreßt würde.

Für die in diesem Staatengebilde zu verfolgende Politik hat die britische Arbeiterpartei in einer Denkschrift vor kurzem die folgenden Grundsätze aufgestellt: Offene Tür und Handelsfreiheit, Schutz der Eingeborenen, Verwendung der Einkünfte für die eigene Entwicklung des Staates, Neutralisierung und Fernhaltung von künftigen Kriegen. Mit diesen Richtlinien kann sich jeder deutsche Kolonialpolitiker einverstanden erklären, denn sie geben nur die wirtschaftlichen und kulturellen Ziele wieder, die die deutsche Kolonialpolitik bisher schon verfolgt haben. Womit wir uns von unserem Standpunkt aus aber nicht einverstanden erklären können, und was auch nach aller kolonialen Erfahrung als ausgeschlossen gelten kann, ist, daß dieses kolonialpolitische Programm von einer internationalen Staatengesellschaft verwirklicht wird. Es ist in Zentralafrika schon einmal eine ähnliche, internationale Gründung gemacht worden. Das jetzige belgische Schutzgebiet in Zentralafrika ist in seinen Anfängen auf eine solche internationale Vereinigung zurückzuführen. Die späteren Erfahrungen mit dieser internationalen Gründung, die sich an den Namen des Königs Leopold von Belgien knüpfen, können nicht ermutigen, einen zweiten solchen Versuch zu machen. Er würde wieder, wie damals zu einer hemmungslosen Ausbeutung des natürlichen Reichtums des Landes führen, ohne daß für die Erschließung und spätere, wirtschaftliche Entwicklung irgend etwas geschähe. Das beweist zur Genüge der jetzige wirtschaftliche und kulturelle Stand der belgischen Kongokolonie. Welcher Staat sollte sich auch dazu verstehen, nach dem Kriege Arbeit und Kapital als werbende Anlagen für Eisenbahnen und sonstige Verkehrseinrichtungen, für Sanierung, Schulbildung usw. in diesen internationalen Staat zu stecken, wenn der Erfolg nicht von seiner eigenen Bestimmung abhängig ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191801241-16/fragment/page=0001

Und wenn es einem internationalen Völkerbunde wirklich gelänge, die dort harrenden, großen Aufgaben zu finanzieren, wer hätte zunächst den Vorteil davon? Nur England! — Eingekeilt zwischen englischen Besitz im Süden, im Nordwesten und Nordosten, würde Zentralafrika sich zu einem wirtschaftlichen Hinterland britischer Besitzungen, Verkehrslinien und Häfen entwickeln, ohne daß England es dabei nötig hätte, allein die Kosten der Erschließung zu tragen. Wenn dann infolge der nicht zu vermeidenden, internationalen Mißwirtschaft die Entwicklung in Zentralafrika zu unhaltbaren Zuständen geführt hätte, würde England zu gegebener, günstiger Gelegenheit den durch englische Verkehrswege und englische Sprache schon genügend anglisierten Staat mit seiner großen, selbstlosen Vaterhand ganz in seinem unergründlichen Ländersack verschwinden lassen.

Nein, dieser zentralafrikanische Plan ist wirklich zu englisch erdacht, um den Pferdefuß nicht sofort erkennen zu lassen. Würden auch die beteiligten Bundesgenossen Englands sich unter dem Druck späterer Schwierigkeiten vielleicht dazu verstehen müssen, dem zuzustimmen; Deutschland wird daran festhalten, seinen Kolonialbesitz nach seinen eigenen, vor dem Kriege schon in das Stadium der Bewährung kommenden Kolonialmethoden zu einem deutschen Wirtschafts- und Kulturgebiet zu entwickeln, das — bei Gegenseitigkeit — der Betätigung anderer Staatsangehöriger nicht verschlossen sein soll, das aber auf deutschem Wesen aufgebaut sein muß.

Deutschfreundliche Stimmung in Japan

Die Stimmung in Japan beleuchtet deutlich eine Rede des japanischen Generalleutnants **Tanaka**, die er am 20. Mai 1917 in Schanghai in dem Gebäude der japanischen Gemeindeschule und in Anwesenheit der zahlreichen japanischen Kolonie gehalten hat. Generalleutnant Tanaka, der als die rechte Hand des japanischen Kriegsministers gilt, führte folgendes aus: „Für uns Japaner ist nicht ausreichend, den Heroismus der Deutschen nachzuahmen, wir müssen mehr tun. Wir müssen uns sorgfältig mit der Prüfung der Gründe beschäftigen, die diesem Volke die Möglichkeit geben, so mächtig zu sein, daß es so glänzend diesen furchtbaren Krieg führt, und wir müssen alles Mögliche tun, um Deutschland in seiner kunstvollen Organisation, seiner Einigkeit und Vaterlandsliebe nachzuahmen. Möge Japan sich Deutschland zum Muster nehmen. Möchten die japanischen Soldaten den deutschen Kämpfern nacheifern und die japanischen Bauern, möchten sogar, so sage ich weiter, die japanischen Kulis die deutschen Arbeiter in ihrer ehrlichen Pflichterfüllung und Vaterlandsliebe nachahmen. Möchten sie diesen Mustern in allen ihrem Streben folgen. Wir befinden uns gegenwärtig im Kriege mit den Mittelmächten, aber es wird der Tag des Friedens kommen, und dann wird es die Pflicht des japanischen Volkes sein, die Hand wahrer Freundschaft den mächtigen Germanen entgegenzustrecken. Wie auch in Zukunft die Stellung Japans gegenüber Deutschland bestimmt werden wird, einen Boden für eine antideutsche Orientierung wird es in Japan nicht geben. Die deutschfreundliche Orientierung hat ihre Vertreter unter den angesehenen Staatsmännern. Zu ihnen rechnet man auch den Vorsitzenden der japanisch-russischen Gesellschaft Baron Goto. Unter den Aussichten für die deutsch-japanischen Beziehungen findet sogar der Gedanke eines deutsch-russisch-japanischen Dreibundes Anhänger. Man kann den Gedanken nicht abweisen, daß es auch in Deutschland Anhänger eines Zusammenschlusses mit Japan und Rußland gibt."

Es folgt ein vertraulicher Bericht der japanischen Botschaft in Petersburg vom 19. Mai 1916 über Besprechungen zwischen dem japanischen Gesandten Usida, dem deutschen Gesandten von Lucius und dem deutschen Industriellen Hugo Stinnes aus Mühlheim. Der General fuhr dann fort: „Indem Deutschland für die Rolle des Vermittlers Japan wählte, hatte es im Auge, daß aus der ganzen Koalition gerade Japan an der Verlängerung des Krieges nicht interessiert und daher am ehesten geneigt sein würde, die Interessen seiner Verbündeten aufzuopfern. Die deutschen Diplomaten hatten, indem sie auf Japan für die Verhandlungen mit Rußland rechneten, Grund zu glauben, daß ein Sonderfriede zwischen Deutschland und Rußland nicht unerwünscht für Japan sein würde. Offenbar dürfte auch später die Aussicht eines Friedensschlusses mit Rußland keine Erregung in Japan hervorrufen. Wenn daher jemand sagen würde, daß Japan die Fortsetzung des Krieges aus denselben Beweggründen wie Frankreich und England verlangt, daß seine Aufgaben dieselben sind, wie bei allen Verbandsmächten, daß es von dem Wunsche brennt, den deutschen Militarismus zu vernichten, und für dieses hohe Ziel zu allem bereit ist, so sind das alles lügenhafte Phrasen. Wenn Japan gegen den Frieden sein wird, so wird es das aus irgendwelchen anderen Gründen sein, aber keinesfalls deshalb, daß der Friede mit Deutschland nicht nach seinem Sinn wäre oder nicht in seinen Interessen läge."

Englischer Heeresbericht

vom 21. Januar abends: Die feindliche Artillerie war während des Tages westlich von Lens tätig. Sonst ist nichts zu melden.

Flugwesen: Am 21. Januar ermöglichte gutsichtiges Wetter unseren Flugzeugen den ganzen Tag für unsere Artillerie Beobachtungsdienste zu leisten und zahlreiche Lichtbilder des feindlichen Vorgeländes aufzunehmen. Bomben wurden den Tag über auf verschiedene Ziele abgeworfen, während der Feind in seinen Gräben und im offenen Gelände mit Maschinengewehrfeuer aus der Luft angegriffen wurde. Ein feindliches Flugzeug wurde abgeschossen. Von unseren Flugzeugen wird keines vermißt.

Vom 21. Januar: Die Nacht ist an der Front ruhig verlaufen. Wir machten bei Patrouillenzusammenstößen einige Gefangene.

Vom 22. Januar: In der letzten Nacht versuchte der Feind Streifen östlich von Ypern, er ist aber abgewiesen worden. Im übrigen war die Nacht auf der ganzen Front ruhig.

Französischer Heeresbericht

vom 22. Januar nachmittags: In der Champagne führte ein deutscher Handstreich westlich der Navarin-Ferme zu keinem Ergebnis. In der Gegend von Auberive brachten französische Erkundungsabteilungen Gefangene ein. Sonst ist nichts zu melden.

Italienischer Heeresbericht

vom 22. Januar: In der Gegend von Zurez und Zugno (Lagarinatal), ferner zwischen der Brenta und dem Westhang des Monte Grappe, sowie am mittleren Piavelauf lebhaftes andauerndes Geschützfeuer. Westlich von Marco (linkes Etschufer), wurden feindliche Abteilungen durch Feuer zurückgewiesen. Nördlich Fagage wurden ähnliche Abteilungen durch unsere Streifwachen abgewiesen. Am Pasubio verwendeten wir mit vorzüglichem Erfolg Gegenminen gegen die feindlichen Annäherungsarbeiten.

Sturmschäden in der spanischen Kriegsflotte

Madrid, 23. Jan. Amtlich wird bekanntgegeben: Ein Sturm beschädigte die Funkanlagen des geschützten Kreuzers „Carlos Quinto". Eine starke Flut trieb mehrere Kanonenboote, darunter das Kanonenboot „Hermann Cortes" ab. Die königliche Yacht „Giralda" wurde ebenfalls beschädigt. Das Torpedoboot 13 lief gegen das Minenschiff „Jaime", beide Schiffe erlitten Schaden.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 23. Januar 1918.

Am Ministertische: Dr. Schmidt, Dr. Sydow.

Präsident **Dr. Graf Schwerin-Löwitz** eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 24 Minuten.

Zuerst wurde der vom Herrenhause in abgeänderter Fassung zurückgelangte Entwurf eines Wohnungsgesetzes nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte der Wohnungskommission überwiesen, ebenso das Bürgschaftssicherungsgesetz.

Hierauf wurde die Debatte des Antrages Hammer (Kons.) über Wiederaufrichtung des Handwerks nach dem Kriege in Verbindung mit dem Antrag Aronsohn (Fortschr. Vpt.) über die Wiederaufrichtung des gewerblichen Mittelstandes fortgesetzt.

Abg. Dr. Hager (Zentr.): Der Krieg mit seinen großen Umwälzungen hat besonders den Handel und den Mittelstand geschädigt. Der Staat hat das größte Interesse daran, daß ein gesunder, selbständiger gewerblicher Mittelstand wiederaufblüht, deshalb begrüßen wir die vorliegenden Anträge, die insbesondere das Handwerk fördern wollen. Vor allen Dingen müssen Rohstoffe und Halbfabrikate für das Handwerk bereitgestellt werden, Aufträge müssen ihm in erheblicherem Umfange als bisher zugewandt werden, das Verdingungswesen muß umgestaltet und sachgemäß gehandhabt werden. Besonders wichtig ist, daß dem Handwerk die erforderlichen Arbeitskräfte zugewiesen werden. Die Erhaltung eines gesunden Mittelstandes ist eine Staatsnotwendigkeit. Wir hoffen, daß das Handwerk derart gefördert wird, daß es bald wieder seinen alten goldenen Boden gewinnt.

Nach kurzen, dem Vorredner zustimmenden Ausführungen der Abgg. **Schrader** (Freikons.) und **Dr. Schröder-Kassel** (Natl.) und einem Schlußwort des Berichterstatters Abg. **Hammer** (Kons.) wurden die Anträge der Kommission zum Antrage Hammer und der Antrag Aronsohn in der vorliegenden Fassung angenommen.

Ein Antrag Hammer (Kons.) ersuchte die Staatsregierung unter Heranziehung entsprechender Beihilfen von leistungsfähigen Gemeinden und von Interessentenkreisen angemessene Staatsmittel zur Verfügung zu stellen für die im Interesse unserer Volkswirtschaft nicht mehr aufzuschiebenden dringenden Aufgaben gemeinsamer Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung.

Der Antrag wurde der Handels- und Gewerbekommission überwiesen.

Eine mit dem vorstehenden Antrag verbundene Petition über die Regelung des Arbeitsnachweises im Deutschen Reiche wurde zur Erwägung überwiesen.

Ein Antrag Varenhorst (Freikons.) forderte einen Gesetzentwurf, wonach während des Krieges Auflassungserklärungen und die zur Bestellung oder Übertragung eines Erbbaurechtes erforderliche Einigung außer vor dem Grundbuchamt auch vor einem anderen preußischen Amtsgericht oder einem Notar abgegeben werden können.

Der Antrag wurde nach kurzer Erörterung angenommen.

Abg. **Herrmann** (Kons.) beantragte, die Regierung zu ersuchen, den in Aussicht genommenen Ausgleich der Gemeindelisten zunächst auf dem Gebiete der Volksschulunterhaltung vorzunehmen und einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die persönlichen Volksschullasten entweder dem Staate oder einer Landeskasse übertragen werden, die von den Gemeinden Preußens durch Beiträge entsprechend ihrer Steuerkraft und vom Staate durch Zuschüsse gespeist wird, und weiter die noch vorhandenen Ungleichheiten und Unzulänglichkeiten im Lehrerbesoldungsgesetz beseitigt werden.

Der Antrag wurde dem Staatshaushaltsausschuß überwiesen.

Ein Antrag Nichtarsky (Zentr.) auf Bekämpfung der Schädlinge landwirtschaftlicher Nutzpflanzungen und Förderung des Vogelschutzes wurde der Agrarkommission überwiesen.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr: Wohnungsgesetz, Bürgschaftssicherungsgesetz, Anträge, Petitionen.

Schluß 3¼ Uhr.

Die Leistungen Lettow-Vorbecks

„Nieuwe Rotterdamsche Courant" entnimmt dem in Bloemfontein (Oranje-Freistaat) erscheinenden „Vriend des Volks" folgende Bemerkungen über General von Lettow-Vorbeck: Ein Offizier in Deutsch-Ostafrika gibt in einem Brief an den „Vriend des Volks" seiner Bewunderung für den deutschen Befehlshaber von Lettow-Vorbeck Ausdruck. Von einem gefangenen deutschen Offizier mit Namen Sprockhoff erfuhr er, daß Lettow niemals nachgeben wird. Er wird von den Askaris vergöttert und bewegt sich unter ihnen ohne ein Rangabzeichen, ist ebenso schmutzig und in Lumpen gehüllt wie sie und lebt von denselben Nahrungsmitteln. Die Askaris singen Lieder von dem großen „Bwana" (Herrn) Lettow und sagen, daß er ein Weißer mit dem Herzen eines Schwarzen sei. Als ihm einige Offiziere erklärten, daß es zwecklos sei, weiter zu kämpfen, antwortete er, daß er sich nicht auf seine weißen Leute verließe, sondern auf seine Askaris. Es besteht kein Zweifel, daß er einen wunderbaren Einfluß auf seine eingeborenen Truppen ausübt. Man muß seine Tapferkeit und Ausdauer bewundern, obgleich er ein Hunne ist", so fährt der Korrespondent des „Vriend des Volks" fort, und meine Achtung vor ihm ist gestiegen, als ich von mehreren Leuten, die verwundet in die Hände der Deutschen gefallen sind und zurückgeschickt wurden, hörte, daß er immer liebenswürdig und in verschiedenen Fällen sogar freundlich gegen sie gewesen sei. Ich hoffe, daß er am Leben bleiben wird, um für sein Werk belohnt zu werden, das selbst in diesen Tagen außerordentlicher Ereignisse hoch bewertet werden und in der Geschichte fortleben muß."

Die „Times" und ihr militärischer Mitarbeiter

Amsterdam, 23. Jan. Die „Times" teilt über den Weggang ihres militärischen Mitarbeiters Oberst Repington mit: „Repington, der sich entschlossen hatte, seine Dienste anderen Blättern anzubieten, teilte sein Vorhaben vor einer Woche dem Hauptredakteur der „Times" mit und wurde daraufhin sofort von seinem Posten enthoben. Als Grund gab er an, daß die Regierung versuche, die bürgerliche Bevölkerung viel mehr als bisher im Interesse der Armee zu melken und daß die „Times" die Politik der Regierung, wie sie in dem neuen Gesetz über die Dienstpflicht zum Ausdruck komme, unterstütze. In den Preßgesprächen mit Oberst Repington, die in verschiedenen Blättern erschienen sind, gab man zu verstehen, daß sein Verhalten die Folge von Intrigen der „Times" gegenüber Sir Douglas Haig und Sir William Robertson wäre. Für diese Behauptung gibt es nicht die leiseste Begründung."

Wahlrechtsbedenken und Wahlrechtsmöglichkeiten

In dem Kampfe der Meinungen und Parteien um die Abänderung des preußischen Wahlrechts sind die Erörterungen über Notwendigkeit oder Schädlichkeit der unter dem Zeichen des Burgfriedens und unseres Daseinskampfes überhasteten Einbringung der Regierungsvorlage gegenwärtig etwas zurückgetreten. Die Begründung der Regierungsvorlage vermeidet es ängstlich, in dieser Schicksalsstunde Preußens neue Wege zu zeichnen, die die Eigenart unseres Staatsgefüges und unserer Volksgliederung, sowie die geschichtliche Entwicklung gebührend berücksichtigen. Bethmann Hollweg hat die Verweser seiner Hinterlassenschaft eben in eine dunkle Sackgasse getrieben. Während die Demokratie aller Richtungen im Sinne einer vollkommenen Demokratisierung Preußens ihre doktrinäre Agitation zugunsten der Uebertragung des Reichstagswahlrechts nach längst überlebter Parteischablone fortsetzt, herrscht in rechtsgerichteten Parteikreisen das Bestreben vor, durch praktische Winke und Arbeit die verderblichen Mängel der Wahlrechtsvorlagen zu beseitigen und unter Verwerfung sinnverwirrender Schlagworte, einzig vom Standpunkt der Staatsnotwendigkeiten aus, nach gewissenhafter Prüfung von Bedenken und Möglichkeiten das Wahlrecht zu ergründen, das Geschichte, soziale Gliederung und Zukunftssicherung in Rechnung stellt. Für den einzelnen ist es nicht leicht, die Masse der Wahlrechtsliteratur zu überwältigen und im lebhaften Streit der Meinungen klare Uebersicht zu gewinnen. Bei dieser Entwicklung der Frage ist eine soeben erschienene Schrift von Dr. Kahrstedt über „Wahlrechtsbedenken und Wahlrechtsmöglichkeiten" wärmstens zu begrüßen, die die Konservative Schriftenvertriebsstelle G. m. b. H. (Berlin SW. 11, Bernburger Str. 24/25) zum Einzelpreis von 1,50 M. herausgibt.

In streng sachlicher, doch festumrissener Kritik bietet diese außergewöhnlich gründliche und vielseitige Schrift unter Benutzung eines reichen Zahlenmaterials auf 88 Seiten eine umfassende Darstellung und Beleuchtung der Hauptgegenstände und aller Spezialfragen, die das Wahlrecht auch in seinen fernsten Auswirkungen irgendwie berühren. Berechnungen mit zwingender Beweiskraft zeigen die Schäden des gleichen Wahlrechts in der Richtung eines ungewöhnlichen starken Anwachsens der Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten und der Unmöglichkeit einer Mehrheitsbildung zugunsten der Fortführung unserer bewährten Ostmarkenpolitik. Eine gleich gründliche Behandlung erfährt auch die schädliche Rückwirkung auf die Neuordnung der politischen Verhältnisse im besonderen auf dem Gebiete der Steuerpolitik, der Fürsorge für Beamte und Arbeiterschaft, der städtischen Geldwirtschaft, der Verkehrspolitik (Eisenbahnen in wirtschaftlich schwachen Gebieten), der Landwirtschaft und der allgemeinen Kulturaufgaben, sowie schließlich der radikalisierenden Nachwirkungen auf die übrigen Bundesstaaten und somit das Reichsganze. Der Verfasser zeigt alsdann die Wege zur Vermeidung einer radikalen Umgestaltung des preußischen Wahlrechts und kommt in den Abschnitten über „Aenderungen am Reichstagswahlrecht" und „Pluralwahlrecht" unter Benutzung auch der Erfahrungen außerpreußischer und außerdeutscher Staaten zu einem in der Hauptsache ablehnenden Ergebnis.

Einen breiten Raum beanspruchen die Erörterungen über das berufsständische Wahlrecht. Mit überzeugenden Bedenken werden die bestehenden Berufskammern als Wahlkörper abgelehnt, da diese einmal nicht ganz Preußen erfassen, andererseits andere Bundesstaaten umschließen, da auch Nichtpreußen zu ihnen gehören und die Angestellten und Arbeiter unvertreten sind. Zudem ist die Politisierung dieser Kammern verderblich. Aehnliche Gründe sprechen gegen die Einbeziehung noch zu schaffender Arbeitskammern, die außerdem dem Arbeitsfrieden, nicht dem politischen Klassenkampf dienen sollen. Die Erfahrungen im Auslande sind fast durchweg niederschmetternd. Krankenkassen und Arbeiter- sowie Angestelltenvereinigungen bieten ebenfalls keine geeignete Grundlage, weil letztere nur einen Bruchteil der Arbeiter und Angestellten umfassen und eine weitere Politisierung dieser Verbände nur schwere innerpolitische Verwirrung herbeiführen würde. Der Verfasser macht daher bis ins kleinste gehende Vorschläge über die Schaffung neuer berufsständischer Wahlkörper nicht auf Grund der Gliederung unserer Berufszählungen, sondern unter Berücksichtigung der sozialen Schlichtung der großen Berufsschichten. Dieses Wahlrecht des berufsständischen Systems erfährt in mehreren Kapiteln ausführliche Behandlung und wärmste Empfehlung, um so mehr, als nach dem Standpunkt des Verfassers große praktische oder vom staatserhaltenden Standpunkt diktierte Bedenken gegen dieses Wahlrecht nicht sprechen.

Vorzügliche Tabellen im Anhange unterstützen die Darlegungen der ausgezeichneten Schrift, die im Streit der Meinungen Wegweiser und Führer zugleich ist; kein Politiker, kein Staatsbürger sollte an ihr vorübergehen.

Die französisch-italienischen Skandale

Paris, 21. Jan. „Havas" Die Mitglieder der italienischen Mission: Oberst Chiappironeux, Hauptmann de Robertis und ihre Mitarbeiter arbeiteten den ganzen Vormittag im dritten Bureau des Kabinetts und nahmen Abschriften von Hunderten von Schriftstücken des Dossiers Bolo und Hanau, den Mitschuldigen Cavallinis, der in Rom in Haft gehalten wird. Morgen werden zum ersten Male durch den Leutnant Jouszelin Lenoir, Desouches und Humbert vernommen werden, deren Akten von dem bürgerlichen an das militärische Gericht abgegeben worden sind.

Norwegische Arbeiter gegen die Teuerung

Kristiania, 23. Januar. In einer Massenversammlung der norwegischen Arbeiterpartei wurde gestern von 3000 Anwesenden einstimmig beschlossen, im Hinblick auf die Teuerung und die drohende Hungersnot und auf die deshalb nötige Steigerung der einheimischen Produktion, die Einstellung jedes Militärdienstes und Umbildung der Militärindustrie zum Vorteil der Steigerung der Produktion zu verlangen.

Fleischlose Tage in England

London, 23. Jan. (Reuter.) Die neuen vom Lebensmittelkontrolleur veröffentlichten Bestimmungen beschränken den Verbrauch von Fleisch, Brot, Zucker und Fetten und schreiben auch zwei fleischlose Tage wöchentlich für Hotels und Speisehäuser vor, nämlich Dienstag und Freitag in London und Mittwoch und Freitag in den Provinzen.

Türkischer Heeresbericht

Konstantinopel, 22. Jan. An der Palästinafront keine besonderen Ereignisse.

In Mesopotamien griffen feindliche Flieger Kifri an. Durch unser Abwehrfeuer wurde ein feindliches Flugzeug abgeschossen. Die Besatzung ist tot, der Apparat verbrannt. Als Vergeltung griffen unsere Flieger ein feindliches Lager bei Kasrischirin mit gutem Erfolge an. Eine feindliche Kavalleriepatrouille wurde gefangen genommen. Das im gestrigen Bericht als vermißt gemeldete englische Flugzeug wurde von dem Seeflieger Schubert abgeschossen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191801241-16/fragment/page=0002

Freiheit, die ich meine!

Von Prof. Dr. Benno Imendörffer

Diese vor der Auflösung der russischen Konstituante geschriebenen Darlegungen des Wiener Gelehrten sind durch die Ereignisse zwar etwas überholt, werden aber als eine grundsätzliche Beleuchtung der heuchlerischen „Freiheitspolitik" der Trotzki und Genossen trotzdem viel Interesse finden.
Schriftlg.

Für den Geschichtsforscher ist es lehrreich, zu beobachten, daß die siegreiche, freilich nur nach innen siegreiche, russische Revolution den für alle bisherigen Staatsumwälzungen typischen Art längst typisch gewordenen Verlauf nimmt. Der leitende Mann der „großen" Revolution Englands, Cromwell, ließ bekanntlich, als er für die Hinrichtung Karls I. im Parlamente nicht die nötige Mehrheit fand, das Gebäude gewaltsam „reinigen". Die Männer des französischen Konvents führten die Girondisten auf das Schaffot. Offenbar wollen Herr Trotzki und Herr Lenin hinter diesen leuchtenden Vorbildern wahrer Freiheitsbetätigung nicht zurückbleiben. Im Namen der Freiheit, die sie meinen, treiben sie eifrig am Werke, alle politischen Persönlichkeiten, die in diesem Punkte nicht ganz ihrer Meinung sind, unschädlich zu machen.

Dieselben Männer, die in Brest-Litowsk mit anerkennenswerter Verkennung der wahren Schlage das unbedingte Selbstbestimmungsrecht der Völker fordern, zeigen nicht die geringste Lust, dieses bei den Ukrainern ihrerseits anzuerkennen und der Bürgerkrieg, in dem es sich schließlich darum handelt, ob auch in der Ukraine der Wille der herrschenden Bolschewiki allein maßgebend sein soll, obgleich offenbar die Mehrheit der Ukrainer anderer Ansicht ist, nicht seinen blutigen Weg weiter und der Feuerschein, der seine Bahn begleitet, wirft ein sonderbares Licht auf die Freiheitsauffassung wie auf die Friedfertigkeit der bolschewistischen Regierung. Aber auch im eigentlichen Großrußland, der Heimat der jetzigen Gewalthaber, stehen die Dinge für die Sache echter Freiheit nicht besser. Erst kürzlich konnte man in schweizerischen Zeitungen ausführlich lesen, daß die Herren Lenin und Trotzki die Gefängnisse, die einst die Opfer der Zarenwillkür beherbergten, mit Leuten anfüllen, deren einziges Verbrechen darin besteht, nicht der Partei dieser Herren anzugehören. Eigentümlich berührt es zumal, wenn wir hören, daß sich unter diesen Opfern der bolschewistischen Regierung auch Tertschenko, der Verfasser der Bodenenteignung, und Frau Brzewoskaja, die bis vor kurzem noch bergötterte „Großmutter der Revolution" befinden. Nun bringen uns aber sämtliche Tagesblätter die noch weit beferndlichere Nachricht, daß von der revolutionären Regierung der Befehl erteilt worden sei, es müssen in allen Verwaltungsbezirken, deren Abgeordnete einer Partei angehören, die der bolschewistischen Regierung abgeneigt ist, diese Abgeordnete sofortabberufen werden, im Weigerungsfalle hätten sofort Neuwahlen stattzufinden. Wir wollen gar nicht erst die Frage stellen, was unsere Vertreter des Freisinns und der Demokratie wohl sagten, wenn ein ähnlicher Anschlag der Regierung auf die Freiheit der Wahlen auch nur theoretisch erwogen würde, es genügt festzustellen, wie sonderbar sich in den Köpfen der herrschenden Partei Rußlands das Bild der Freiheit malt. Hier ist Cromwell unzweifellos um Pferdelängen geschlagen; er hat doch nur das versammelte Parlament nach seinem Geschmack umgestaltet, Trotki und Lenins Vorsicht aber sorgt dafür, daß es von vornherein nur in einer ihnen genehmen Zusammensetzung auf den Plan tritt. Rätselhaft bleibt angesichts dieser Entwicklung der Dinge nur, wie die beiden Diktatoren bei „befreiten" Rußlands ihre, gelinde gesagt, weitgehenden Zumutungen an die Vertreter der Mittelmächte in Sachen des Selbstbestimmungsrechts der Völker im Einklang bringen wollen mit der praktischen Verneinung eben dieses Rechtes in ihrem eigenen Lande. Unwillkürlich erhebt sich die Frage, ob hier lediglich naive Selbsttäuschung oder auch sehr berechnende Heuchelei am Werke ist? Vermutlich handelt es sich um ein schmackhaftes Gemisch beider und man kann sicher sein, daß die Mundfertigkeit der beiden Wortführer des bolschewikischen Rußlands keinen Augenblick in Verlegenheit sein wird, auch zur Rechtfertigung dieser auffallenden Zwiespältigkeit ihres Vorgehens gewandte Phrasen zu drechseln.

Angesichts dieses Rätsel-Königs von Unklarheiten, von Inkonsequenz und Unaufrichtigkeit, von Heuchelei und doktrinärer Verbohrtheit, für die nur unsere hemmungslos in demokratischen Utopien schwimmenden Mehrheitsparteien kein Empfinden haben oder haben wollen, wirkten die mannhaften Worte des Generals Hoffmann in Brest-Litowsk wahrhaft befreiend. Sie haben Herrn Trotzki und Genossen aus dem schönen Traume, auch nach außenhin als Sieger auftreten zu können, etwas unsanft geweckt, aber sie werden vermutlich die gute Wirkung haben, die russischen Friedensunterhändler fortan die harte Wirklichkeit als solche erkennen zu lassen. Dem deutschen Volke dämmert es vielleicht, daß es etwas anderes ist, die Freiheit im Munde zu führen, etwas anderes, wahre Freiheit betätigen. Nicht minder aber könnte es nun erkennen, daß deutsches Blut nicht geflossen sein darf, um allen möglichen mehr oder minder interessanten Völkerschaften die Freiheit zu bringen, sondern daß es die Saat wahrhaft deutscher Freiheit sein muß.

Italienische Helden

„Avanti" bringt aus dem „Corriere Biellese" die in der Kammer gehaltene Rede des Abgeordneten Gasparotto über die Zustände bei der Räumung Ostvenetiens zum Abdruck. Gasparotto, der Infanteriehauptmann und Mitglied des Bundes der nationalen Verteidigung ist, sagte unter anderem: Wer brachte Ordnung in die Flucht der Kolonnen? Wer verhinderte die Sprengung der Brücken, während die Deckungsmannschaften noch jenseits des Flusses heldenhaft mit dem Feind kämpften? (Zensurlücke.) Das Land verlangt von der Regierung zum mindesten eine exemplarische Bestrafung derer, die als erste aus Udine flohen, um Frauen und Koffer zu retten. Wer war in der unglücklichen Stadt, um die arme Bevölkerung zu trösten? Als die Feinde am 28. Oktober in Udine eindrangen, weilte der Präfekt von Udine in Pordenone und verließ denselben Abend den Ort, obgleich die Oesterreicher erst am 6. November nach Pordenone kamen. Ueber zehn Tage war so die Provinz Friaul sich selbst überlassen. (Bewegung.) Und in Treviso flohen, ohne die Anordnungen der Militärbehörden abzuwarten, gerade die höchsten Staatsbeamten, die den anderen mit gutem Beispiel hätten vorausgehen sollen. So war am Morgen des 10. November dort kein Bürgermeister, keine Polizei, ja kein Präfekt mehr. Als dann einen Monat später am 5. Dezember die städtischen Behörden nach Treviso zurückkehrten, wurden sie von der Bevölkerung mit Pfeifen empfangen. Und als Justizminister Sacchi einen einzigen Richter ebenfalls zur Rückkehr zwang, empfing diesen die Bürgerschaft mit schallendem Gelächter. (Bewegung.) Die Regierung ist allzu nachsichtig. Das in Kriegszeiten besonders notwendige Verantwortlichkeitsgefühl verflüchtigt sich derartig, daß es zum Gefühl der Straflosigkeit herabsinkt. So erhielt die Tragödie eine groteske Note. Da alle Beamten in das Innere des Landes eilen zu dürfen glaubten, so verlangte auch der Vizedirektor eines der größten Nationalmuseen vom Präfekten die Erlaubnis zur Abreise unter der Begründung, daß mit seiner Eigenschaft als Mitglied der Dante-Alighieri-Gesellschaft die Gefahren der Fremdherrschaft unvereinbar seien.

Deutsche Sanitäter in französischer Gefangenschaft

Obwohl die in französische Kriegsgefangenschaft geratenen deutschen Sanitätsmannschaften, wie stets auch in der neutralen Presse betont worden ist, sich in derselben aufopfernden Weise der verwundeten und kranken Franzosen wie ihrer deutschen Schicksalsgenossen annehmen, ist die Behandlung, die ihnen von französischer Seite zuteil wird, sehr häufig die denkbar schlechteste. Die folgenden, eidlich bekräftigten Aussagen ausgelauschter deutscher Sanitätsmannschaften, die im Jahre 1916 bei Douaumont und bei Thiaumont in Gefangenschaft geraten waren, liefern den schlagenden Beweis dafür. So berichtet der Krankenträgerunteroffizier K.:

„Am 8. August 1916 geriet ich mit zwei Kopfschüssen und einer schweren Unterschenkelwunde in französische Gefangenschaft. Nachdem man mir meine Wunde notdürftig verbunden hatte, legte man mich unter eine Bank, auf die sich verwundete Franzosen setzten. 17 Stunden mußte ich „wegen Platzmangels" unter dieser Bank liegen. Drei Tage lang wurden mir keinerlei Lebensmittel verabreicht."

Krankenträger H. macht die folgenden empörenden Angaben:

„Nach meiner Gefangennahme brachte man mich in Verdun ohne jede Veranlassung in das Gefängnis. Nach meiner Entlassung aus dem Gefängnis sperrte man mich sechs Stunden in einen dunklen Keller ein und transportierte mich zuerst nach Souilly und dann nach Wadelincourt, wo ich vier Wochen blieb. Ich mußte auf schlammigem, feuchtem Boden schlafen. Wasser zum Trinken oder Waschen erhielt ich nicht. Bei miserabler Verpflegung mußte ich selbst bei strömendem Regen in einem Steinbruch angestrengt arbeiten und mich mit den nassen Kleidern abends schlafen legen. In Landrécourt, meinem nächsten Aufenthaltsort, konnten wir uns acht Wochen wegen Mangels an Wasser nicht waschen. Infolge dieser Unsauberkeit waren wir voller Ungeziefer; zur Vertilgung des Ungeziefers geschah nichts. Trotz erfrorener Füße mußte ich auf Befehl des französischen Leutnants schwere Arbeiten verrichten, wobei ich durch die offenen Frostbeulen furchtbare Schmerzen auszustehen hatte."

Krankenträger L. erzählt:

„Im Lager Souilly habe ich zehn Tage lang nur Wasser und Brot erhalten. Für Schuhzeug wurde überhaupt nicht gesorgt. Unter meinen Stiefeln befanden sich weder Sohlen noch Absätze. Als ich wegen meiner erfrorenen Füße in das Lazarett kam, hatte ich gar kein Schuhzeug mehr. Der Arzt kümmerte sich überhaupt nicht um mich, meine Füße wurden nicht verbunden, und jegliche Behandlung unterblieb."

Vom Lager Carpiagne geben die Sanitäter E., M. und W. übereinstimmend die folgende beredte Darstellung:

„In unserm Lager herrschten ungeheuerliche Zustände. Die Dolmetscher schlugen die Gefangenen mit Knüppeln. Unsere Löhnung wurde uns unterschlagen. Die Aufsichtsbeamten weiteiferten miteinander in Schikanereien und Roheitsausbrüchen, allen voran, der berüchtigte Leutnant Filippo, von dessen Brutalitäten alle Kriegsgefangenen, die das Unglück hatten, mit ihm in Berührung zu kommen, ein Lied zu singen wissen."

Auch diese braven Männer, die in pflichtgetreuer Erfüllung ihres Dienstes von den „Vorkämpfern für die Zivilisation" wie von Schwarzen behandelt wurden, können wir heute damit trösten, daß die deutsche Regierung entsprechende Gegenmaßregeln getroffen hat und daß der Tag der Abrechnung mit ihren Peinigern herannaht.

Der Reichskanzler als Ehrenvorsitzender

Berlin, 23. Jan. Der Reichskanzler hat den Vorsitz im Ehrenausschuß für die Deutsche Faserstoff-Ausstellung übernommen.

Eisenbahnunglück bei Aschaffenburg

Aschaffenburg, 23. Jan. Unweit des Aschaffenburger Hauptbahnhofes ereignete sich um 2 Uhr ein Eisenbahnunglück. Zugführer Harter aus Aschaffenburg wurde getötet, mehrere Personen verletzt. Der Sachschaden ist bedeutend.

(Nachdruck verboten.)

Familie P. C. Behm

Roman von Ottomar Enking.

[32]

Anna hatte von dieser Reise, die die erste in ihrem Leben war, gar nichts. Alles war ihr ungewohnt und fremd. In Kolding stand sie und sah die hohe, ernste Schloßruine an, aber sie fühlte nichts dabei. Harald dagegen ließ seinen Worten den Lauf und riß Anna wohl mit sich fort, aber es war doch immer nur sein Wesen, was auf sie wirkte, und nie der Sinn dessen, was er ihr zu erklären vermeinte. — „Ja, diese Ruinen", fing er an, „die sind erhoben. Das Feuer hat in ihnen gewütet, aber sie stehen, sie sind sogar noch fester geworden. Und schöner sind sie, als das Schloß war. So geht es auch mit mir. Ich bin auch eine Ruine, — manches ist niedergebrannt und zerstimmert, aber was jetzt emporragt, das ist stahlfester. Ruinen müssen wir alle werden, dann erkennt man erst unsere Größe." — „Ja", sagte Anna und sah sich die roten Mauern an, die für sie nur häßlich waren. — Der Vorschlag, den Haralds Vater der jungen Frau zuteil werden ließ, war nicht freundlich. Er sprach nur dänisch und bewohnte, da die Mutter tot war, sein Haus ganz allein. Gemütlichkeit gab es nicht. Anna konnte sich nicht mit ihm verständigen und er haßte auch die Deutschen zu sehr, als daß er Lust dazu gehabt hätte. Harald selbst stand seinem Vater fern. Er suchte ihn für Anna zu gewinnen, indem er erzählte: „Ihre Mutter ist dänisch, von Kopenhagen". — „Snak", entgegnete der Alte, „und der Vater?" — „Der war wohl deutsch." — „Nu also, tydske Hund". — Nach zwei Tagen schon verließen sie die ungastliche Stätte wieder und fuhren so rasch wie möglich heim. — „Ich finde, in Koggenstedt ist es am schönsten", meinte Anna, und Frau Behm rief: „Ach, das ist gut, daß ihr wieder hier seid. Was wollet ihr draußen? Die alten Eisenbahnen gehen oft kaputt, und dann liegt man unter den Wagen und wird totgedrückt. Zu Haus ist es so nett. Ich hab' den Korridor streichen lassen und reine Gardinen aufgesteckt." — Mies, die weiche, weiße schmeichelte der jungen Frau um die Füße, und Anna strich ihr das saubere Fellchen.

Das Ehepaar zog also in die Stuben, die P. C. Behm mit seiner Frau so lange bewohnt hatte, und die Alte begnügte sich mit Haralds früherem Zimmer. Anna war froh. Sie freute sich der Macht, die sie über ihren Mann hatte, und es war ihr eine Wonne, wenn er stürmisch seinen Kopf in ihrem Schoß barg und „du! du!" stammelte. Sie kleidete sich nach seinem Geschmack, phantastisch und auffallend, und er hing an ihr, gerade weil sie älter war, mit einer schmerzenden Leidenschaft. Sie hielt ihn strenge an, daß er keine Stunde in seinem Beruf versäumte, und ließ ihn abends nicht ausgehen, und deshalb fühlte er sich in dieser ersten Zeit seiner Ehe gesünder denn je und fabelte davon, daß nun gleich der Tag kommen werde, wo ihm alles klar, wo er seinen wahren Menschen entdecken würde. Der Abend gehörte ihnen allein. Bernhard konnte ihre Verliebtheit nicht mit ansehen und sagte nach dem Essen gewöhnlich: „Ja, hier stört man doch nur." — Er ging in seine Kammer hinauf, legte sich aufs Bett, rauchte und las gemütlich bei der Lampe. Das war ihm bald bequemer als unten auf dem Sofa. — Mutter Behm, die sich auch nicht behaglich fühlte bei den Jungen, kam oft zu ihm. Das Treppensteigen wurde ihr bloß so schwer, und sie konnte die ersten Minuten immer keine Luft kriegen. — „Ach Gott", seufzte sie wohl, „ich wollte, ich wär' bei Pappa. Was hat das noch für Zweck, daß ich leb'? — „Na, Mudding", ermunterte Bernhard sie, „nun man nicht so! Paß' mal auf: du bist bald wieder vergnügt und magst gern leben. Was würdest du wohl sagen, wenn ich mich verheiratete, wie?" — „Ach nee — du?" — „Warum denn nicht? Ist ja alles da, und meine Kollegen haben längst ihre Familien. Ich meine, es wird Zeit. Und denn sollt mal sehen, das macht dir Spaß, wenn die kleinen Behms massenweise um dich herumkrabbeln. Ziehst mit mir und pflegst dich auf deine alten Tage." — „Willst du denn nicht hier wohnen?" — „Nee, Mudding, das kannst nicht verlangen. Wo denn? Im Keller? An einem Ehepaar hat das Haus grad' genug. Ich zieh' vor's Tor, fein, fein. Da sind Wohnungen zu dreihundert Mark, — aber nobel, sag' ich dir. Ausficht auf den Hafen. Kommt mir gar nicht darauf an." — „Hast du schon eine Braut?" — „Na, halb und halb. Ich bin in so was sehr penibel — weißt du. Kriegen kann man hundert, wenn man bei der Post ist, die grapsen förmlich nach einem, wenn sie bloß die Uniform sehen. Aber ich bin schlau. Ich such' mir die beste aus, langsam aber sicher. Und was Angenehmes in Sicht hab' ich. Schön ist sie nicht gerade — das heißt, immer noch ganz hübsch, aber ihr Vater hat was Solides auf der Sparkasse." — „Ja, wer ist es denn nur?" — „Das sag' ich noch nicht, Mudding, darin bin ich diskret und abergläubisch. Wenn der Käs' klar ist, bist du die erste, die es zu wissen kriegt." — Er ließ sich sein Geheimnis nicht entreißen, wie viel Frau Behm auch darum bat, aber daß er auf Freiersfüßen ging, merkte man deutlich. Er trug seine Sonntagsuniform oft am Alltag und hatte sich eine Büchse Pomade und eine Bartbinde gekauft.

Die Monate gingen hin, und auf die rote Leidenschaft, die erst zwischen Harald und Anna loderte, folgte die Ernüchterung mit ihrem fahlen Lichte, die die Gesichter graugelb erscheinen läßt und eine kalte feuchte Hand hat. Sie sahen einander an und erkannten, daß sie blindlings gerast hatten, und etwas wie Widerwillen stieg in ihnen auf. Sie mieden einander bald, wie sie sich früher gesucht hatten. Anna fühlte Scham, und er konnte zu ihr hinblicken mit gerunzelter Stirn. Eine Trauer bemächtigte sich beider nach ihrem Erwachen. Harald schlich schlaff umher und hustete viel. Er mußte den Dienst häufig aussetzen und phantasierte nicht mehr in jener Art, mit der er Anna vordem hingerissen hatte. Ein stumpfer Ausdruck lag auf seinem Gesicht. Und zunächst heimlich und dann immer mehr vor Annas Augen fingen er wieder an zu trinken. Das ärgerte Anna. — „Ich werfe das Zeug zum Fenster hinaus!" rief sie. — „Es gibt mehr davon, mein Kind", antwortete er gleichmütig. „Etwas muß der Mensch haben." — „Du hast mich!" — „Ja, aber mir ist manchmal, als hättest du mich blutleer gemacht, ganz ausgesogen. Ich muß die Lebensgeister auffrischen, so lange das noch geht." — Er ließ sich von Todesahnungen beherrschen, mit denen er Anna quälte. — „Alle meine Pläne", sagte er, „die gerfließen. Ich finde die Form nicht. Ich habe keine Kraft. Es war Täuschung. Es ist aus mit mir." — „Pfui, Harald", schalt Anna, „denkst du nicht an mich?" — „An dich?" Nein. Warum sollte ich das? Wir haben einander gegeben, was wir geben konnten, und jetzt ist das zu Ende." — „Harald! Bin ich nicht mehr deine Anna? Die du so küßtest?" — „Ich mag nicht mehr küssen!" schrie er wild, „du bringst mich um mit deinen Küssen! Ach, ich wollte, ich säße in der Einsamkeit, und alle Leidenschaften wären abgetan. Keine Liebe, kein Zorn, keine Arbeit, kein Sterben mehr, nur das Nichts, das einzig Reine zu fühlen — das müßte köstlich sein!" — Jetzt, wo er von ihr fortwollte, verstand ihn Anna gar nicht mehr und sagte: „Das ist dummes Zeug." — „Weib", fuhr er empor, „Weib!" — „Was willst du?" — „Du ahnst nicht, wie es mit mir steht!" — „Das ist möglich", erwiderte sie kalt.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191801241-16/fragment/page=0003

Frankreich und die Austauschverhandlungen in der Schweiz

Während in der französischen Presse das Scheitern der Austauschverhandlungen in der Schweiz unberechtigter Weise den Deutschen in die Schuhe geschoben wird, sind die in dieser Angelegenheit persönlich interessierten Franzosen anderer Meinung. In folgendem Brief belehrt ein in Lausanne internierter französischer Leutnant B. einen Freund über den wahren Sachverhalt. Leutnant B. schreibt am 19. Dezember 1917 an den in deutscher Kriegsgefangenschaft befindlichen französischen Hauptmann U.:

„Pasquals Eingabe (den Gefangenenaustausch betreffend) ist auf Ansuchen des Sekretärs Clémenceaus, Ignace, bis Januar zur Erledigung hinausgeschoben worden. Dieselbe Regierung hat am gleichen Tage die Herren de Pananieu und Cahen, bevollmächtigte Minister, in die Schweiz geschickt, um dort mit dem Vertreter Deutschlands zusammenzutreffen. Sie diskutieren jetzt immer noch! Wenn ich Euch das, was man hier sagt, mitteile, so geschieht es nur zu dem Zweck, Euch ganz offen über den Sachverhalt aufzuklären. Es scheint, wie wenn sie nach Bern gekommen sind, um Komödie zu spielen, mit dem festen Vorsatz, bezüglich des großen Rücktransportes in die Heimat zu keinem Ziel zu kommen, und zwar weil:

1. die auf die kämpfende Truppe an der Front dadurch hervorgerufene Wirkung bejammernswert werden könnte,

2. weil diejenigen, die sich im Hinterhalt in sicherem Schutz befinden, für die Zurückkehrenden Platz machen müßten. Die ersteren aber halten so ihre geschützten Plätze fest und führen das große Wort,

3. weil man die Einsicht des heimkehrenden Kriegsgefangenen fürchtet, der die Wahrheit sagen könnte. Uebrigens wird in einem gestern vom schweizer Bundesrat veröffentlichten Artikel ganz offen ausgesprochen, daß der schlechte Wille auf französischer Seite zu suchen ist."

Es ist immerhin erfreulich, aus französischem Munde ein sachliches Urteil über die Behandlung der Austauschangelegenheit durch die Franzosen zu vernehmen. Man muß indes leider befürchten, daß Worte, wie die oben wiedergegebenen, in Frankreich keine Beachtung finden.

Provinz Sachsen und Umgebung

n. **Stößen**, 23. Jan. (Der Kriegerverein Gröbitz-Prittitz-Plennschütz) feierte im Schrimpfschen Lokale in Gröbitz in einfach würdiger Weise durch Festsitzung sein 50jähriges Stiftungsfest, wobei den noch vorhandenen Gründern: Karl Goßrau, Gustav Seidel und Traugott Schrimpf in Gröbitz und Hermann Schrimpf in Possenhain und Friedrich Böhme in Prittitz das Bundesabzeichen mit der Zahl 50 überreicht wurde.

— **Frankenhausen**, 23. Jan. (Von den Kandidaten auf die Erste Bürgermeisterstelle) sind 4 für die engere Wahl bestimmt worden: Paul Luchterband, Bürgermeister in Möncheberg (Mark), Walter Fränkel, Bürgermeister in Rastenberg (Thür.), Paul Nerlich, Bürgermeister in Dybernfurth und Louis Münster, Dr. jur., Stadtrentmeister in Odenkirchen.

— **Wernigerode**, 23. Jan. (Die Nordhausen—Wernigeroder Eisenbahn) ist seit dem 20. Januar wieder in vollem Betriebe.

— **Jena**, 23. Jan. (Der zweigleisige Betrieb) auf der Strecke Jena—Saalfeld ist nach Beseitigung der Hochwasserschäden wieder aufgenommen worden.

— **Delitzsch**, 23. Jan. (Der heftige Sturm) riß die die Mühle zu Döberschütz umkleidenden Schalbretter weg und setzte das Räderwerk der Windmühle in so schnellen Umtrieb, daß die Mühlsteine sich erhitzten und der eine in Stücke zersprang. Der Besitzerin, die mit ihren schwachen Kräften die Mühle zum Stehen bringen wollte, den rechten Oberschenkel zerschmetterte und auch innere Verletzungen zufügte.

— **Kahla**, 23. Jan. (Der Straßenwärter Daniel Zöllner in Kleineutersdorf) hatte früh 3 Uhr in der Saale zu fischen angefangen. Das Hochwasser hatte ihm jedoch den Rückzug über die Wiesen abgeschnitten. Er wurde mit seinen Fischereigeräten auf der Wiese tot aufgefunden, als sich das Hochwasser verlaufen hatte.

— **Gardelegen**, 23. Jan. (Dammbrüche.) Auf der Kleinbahnstrecke Kaltendorf-Wittingen im Kaltendorfer Drömling ist der Damm gebrochen. Der Bahnverkehr wurde unterbrochen. — Auf der Bahnstrecke nach Helmstedt ist bei Wahrstedt ebenfalls ein Dammbruch zu verzeichnen, dort hat man den Betrieb durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Aus Halle und Umgebung

Halle, 24. Januar.

Wer ist das „deutsche Volk"?

Man schreibt uns:

Die „Volksstimme" (1918 Nr. 10) bringt einen kurzen Aufsatz unter der Ueberschrift „Wer sind die Konservativen? Es wird darauf hingewiesen, daß vor kurzem die Schlesischen Konservativen unter Mitwirkung Heydebrands einen Aufruf in die Welt gesandt haben, in dem sie ihr Erstaunen und ihre Bestürzung über den Staatssekretär Kühlmann und dessen Brest-Litowsk'er Leitsätze über einen annexionslosen Frieden zum Ausdruck brachten. Der Aufsatz bringt dann die Namen der Unterschriften und schließt mit den Worten: „Also: drei Grafen, sieben andere Adlige, zwei hohe Offiziere, drei Geheimräte, ein Oberregierungsrat, als Zugabe ein Pastor und ein Schornsteinfeger — vom eigentlichen Volke keine Spur! Das sind die Konservativen." —

Man fragt sich kopfschüttelnd: Was soll das? Daß die „Volksstimme" anderer Meinung ist, als die schlesischen Konservativen, ist ihr gutes Recht. Das ist außerdem nichts neues. Aber darauf kommt es der „Volksstimme" auch gar nicht an, denn von dem Inhalt des Aufrufs druckt sie nichts ab; wenn man nicht aus der Art der Berichterstattung schließen will, daß im deutschen Vaterlande keiner mehr eine andere Meinung haben darf als die „Volksstimme". Sie bringt nur die Unterschriften und die seltsame Bemerkung dazu. Was soll man daraus schließen? Vor dem Kriege klang es in der sozialdemokratischen Presse öfter so, als ob nur noch die Arbeiter Existenzberechtigung hätten. Hat sich daran im Kriege nichts geändert? Das kann unsere Zuversicht auf ein ernstes, gedeihliches Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie nicht gerade stärken. „Vom eigentlichen Volke keine Spur!" Sind die Unterzeichner, ganz gleich welchem Stande sie angehören, nicht alle Glieder unseres Volkes, das eines deutschen Volkes, das mit all' seinen Ständen und Berufen jetzt in gleicher Weise um seine Zukunft ringt? Die „Volksstimme" versündigt sich mit derartigen Sätzen schwer an unserem Volke und dient wahrhaftig nicht einer gesunden Weiterentwicklung. Ist das der Geist des Sozialismus, der den äußeren Feinden um jeden Preis die Hand entgegenstrecken will, um in Frieden und Freundschaft mit ihnen zu leben, um sie als Brüder zu achten und anzuerkennen, an den Brüdern des eigenen Volkes aber ohne Verständnis — ja ohne jedes Verstehenwollen vorübergeht? — Vielleicht bringt uns die „Volksstimme" einmal eine Zusammenstellung darüber, welchen Berufsständen die Vertreter der sozialdemokratischen Partei zum größten Teile angehören. Es würden wahrscheinlich manchem die Augen darüber aufgehen, wie viele, oder richtiger, wie wenige von diesen zum „eigentlichen Volke" gehören.

Zur Bekämpfung der Möbelknappheit

Die Tatsache, daß neben dem Mangel an Wohnungen für die aus dem Felde Zurückkehrenden auch ein Mangel an brauchbaren Möbeln droht, dem nach Möglichkeit und so rasch es geht, abgeholfen werden muß, hat nicht nur die Gemeinden beschäftigt, sondern auch das Reichswirtschaftsamt zur Bearbeitung der Frage veranlaßt. Unter den mannigfachen Wegen, die beschritten werden können, ist von verschiedenen Seiten auch der Weg der öffentlichen Bewirtschaftung empfohlen worden, der auf anderen Gebieten zum Ziele geführt hat. Die Frage der öffentlichen Bewirtschaftung der Altmöbel ist sorgfältig geprüft. Für den Gedanken einer öffentlichen Bewirtschaftung der Altmöbel wird ins Feld geführt, daß auf diesem Wege der vorhandene und verfügbare Hausrat am sichersten erfaßt und am leichtesten verteilt werden und daß die Preisgestaltung in wünschenswerter Weise beeinflußt werden könnte.

Diesem im allgemeinen gewiß richtigen Gesichtspunkt steht indessen gerade für die Bewirtschaftung der Altmöbel zunächst entgegen, daß sich der Bedarf auf eine große Menge ganz bestimmten Hausgeräts von sehr einfacher und praktischer Beschaffenheit erstreckt. Dasjenige aber, was an alten Möbeln im freien Handel ist, deckt rein zahlenmäßig nur zu einem ganz geringen Teil den voraussichtlichen Bedarf, und die zur Verfügung stehenden Stücke passen nach Beschaffenheit und Maß zumeist nicht in den Haushalt, für den sie jetzt gebraucht werden. Sie werden sich auch vermutlich für die minderbemittelte Bevölkerung selbst dann noch zu teuer stellen, wenn die gegenwärtig gezahlten Preise durch behördliche Preisfestsetzung erheblich herabgedrückt würden. Eine solche gesetzliche Herabdrückung der Preise aber hat, wie die Erfahrung gelehrt hat, besonders bedenkliche Folgen, die bezüglich der Altmöbel um so mehr ins Gewicht fallen, als dann gerade der Anreiz, möglichst viel Altmöbel in den freien Handel zu bringen, wegfallen müßte. Viele, die das eine oder andere Stück entbehren können, stoßen es gegenwärtig nur im Hinblick auf die zu erzielenden Preise ab; dahingegen würde von dem Markte, auf dessen Beschickung es jetzt wesentlich ankommt, der notwendige Zustrom festgehalten werden, wenn ein erheblicher Preisdruck stattfände. Weitere Schwierigkeiten würden der öffentlichen Bewirtschaftung durch die Notwendigkeit großer Lagerräume entstehen und durch Schwierigkeit der Beförderung, die ganz andere Anforderungen als beispielsweise bei der Bewirtschaftung der gebrauchten Kleider stellen.

Es scheint hiernach durchaus verständlich, daß die Reichsbehörden sich nicht zu einem gesetzlichen Eingriff entschlossen haben, der auf eine öffentliche Bewirtschaftung hinausläuft, sondern auf den Erfolg der Fürsorgemaßnahmen rechnen, die von kommunaler Seite bereits in die Wege geleitet sind und sich ohne Zweifel besser den örtlichen Besonderheiten anpassen können. Eine Tätigkeit der Gemeinden und Kommunalverbände auf diesem Gebiete zeigt in verschiedenen Städten aussichtsvolle Anfänge, wo teils gemeinnützige Gesellschaften unter Teilnahme der Gemeindeverwaltung ins Leben gerufen, teils städtische Altmöbelverkaufsstellen eingerichtet worden sind.

Börsen- und Handelsteil

Deutschlands Interessen in der Südsee

In gänzlicher Verkennung der in der Südsee vorhandenen wirtschaftlichen Werte ist von einigen Kolonialpolitikern die Ansicht ausgesprochen worden, daß das Deutsche Reich auf die Südsee verzichten könne, wenn es gelänge, in Afrika ein größeres geschlossenes Gebiet für uns zu sichern. Angesichts dieser bedauerlichen Tatsache hat sich die Vereinigung der Südseefirmen in Hamburg veranlaßt gesehen, in einer Denkschrift all diejenigen Faktoren zusammenzustellen, die den unersetzlichen Wert unserer Südsee-Besitzungen darlegen.

Die Denkschrift, die bereits dem Reichstage überreicht worden ist, führt u. a. aus:

Die wirtschaftlich wichtigen und für die Ausfuhr schon jetzt in Betracht kommenden Landesprodukte der Südseeinseln sind zwar an Zahl beschränkt, spielen aber dem Werte nach eine um so größere Rolle. Das Pflanzenreich liefert: Kopra, Kaffee, Kakao, Sisal, Kautschuk, Guttapercha, Steinnüsse, Edelhölzer u. a. m. Dem Tierreich entstammen: Perlmutter, Schildpatt, Trepang, Haifischflossen, Vogelbälge und Federn. Aus dem Erdreich werden gewonnen: die überaus wertvollen Phosphate, die schon jetzt in großem Umfange bergmännisch abgebaut werden. Weitere Bodenschätze sind zwar bisher noch nicht zur Ausfuhr gelangt, wohl aber ist ihr Vorhandensein einwandfrei festgestellt. Insbesondere sei an die Entdeckung von Edelmetall-, Kohlenlagern und Petroleumquellen erinnert.

Die größte Bedeutung kommt vorerst den Landesprodukten zu, deren Anbau heute bereits plantagenmäßig betrieben wird, und von diesen wieder der Kopra, dem getrockneten Fruchtfleisch der Kokosnuß, und dem Kakao. Der Anbau dieser beiden Produkte hat eine von Jahr zu Jahr steigende Bedeutung gewonnen, und diese Entwicklung ist noch keineswegs abgeschlossen. Besonders für die Kokoskultur stehen noch geeignete Landgebiete von gewaltiger Ausdehnung zur Verfügung. Es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die Erträge in immer größerem Maße dazu beitragen werden, die Versorgung des Mutterlandes aus eigenen Gebieten zu ermöglichen, ein Umstand, der angesichts der Absperrungspläne unserer Feinde nicht übersehen werden darf. Das aus der Kopra gewonnene Oel hat im Mutterlande in rasch wachsendem Umfange zur Herstellung von Speisefetten Verwendung gefunden. Die Wichtigkeit der seit einer Reihe von Jahren in den Handel gebrachten Pflanzenbutter (Palmin, Palmona, Neutrex, Vegetalin, Vegona, Kunerol, Vitello, Sana, Sanella) für die Volksernährung ergibt sich ohne weiteres aus dem stetig zunehmenden Verbrauch dieser Nahrungsmittel, die alle mehr oder weniger Kokosfett enthalten. Mit der erweiterten Verwendungsmöglichkeit der Kopra setzte naturgemäß eine bedeutende Wertsteigerung ein, die wieder eine erhebliche Ausdehnung der Kokoskulturen im Gefolge hatte. Der Vollertrag an Kopra aus der Gesamtheit der vorhandenen Palmenbestände wird schon in wenigen Jahren auf 80 000 Tonnen angewachsen sein.

Im Jahre 1912 wurde der Gesamtverbrauch an Kunstbutter in Europa bereits auf 500 Millionen Kilogramm veranschlagt, wovon 120 Millionen Kilogramm im Werte von 100 Millionen Mark auf Deutschland entfielen, deren Herstellung unserer Industrie ein neues und sehr aussichtsreiches Feld der Betätigung eröffnet hat. Daneben erhöhte sich auch der Bedarf an Fetten für die Seifen-, Stearin- und Parfümerie-Industrie beständig, und die Rückstände aus der Kopraverarbeitung finden wachsende Nachfrage als Kraftfutter für die Viehzucht in Gestalt von Oelkuchen. Jede Tonne Kopra liefert etwa 350—400 Kilogramm dieses an Eiweißstoffen reichen Futtermittels. Es ist klar, daß den kolonialen Oelrohstoffen nach dem Kriege die allergrößte Bedeutung zukommt, und daß die Erhaltung der Südseekolonien von ausschlaggebender Wichtigkeit für unsere Volksernährung ist.

Auch die Ausfuhr von Kakao wies in den letzten Jahren vor dem Kriege stetig steigende Ziffern auf. Sie betrugen 1913 in Neu-Guinea 135 263 Kilogramm (gegen 83 500 im Jahre 1912) im Werte von 170 724 M. (115 200 M.) und in Samoa 889 586 Kilogramm (733718 Kilogramm) im Werte von 1 063 452 Mark (839 654 M.). Die Kautschuk-Kultur nahm 1913 ein Areal von 3500 Hektar ein. Der Wert eines mit Kautschuk bepflanzten Hektars wird je nach der Art der Pflanze verschieden bemessen, im Durchschnitt beläuft er sich auf 5500 M.

Wohl ebenso wichtig für das Mutterland wie die Kopra sind die in einem Teil unserer Südseebesitzungen vorkommenden hochprozentigen Phosphate, die hauptsächlich aus phosphorsaurem Kalk bestehen und sich durch hervorragende Güte auszeichnen. Sie dienen zur Herstellung der in unserer Landwirtschaft als Düngemittel unentbehrlichen Superphosphate. Die wertvollsten Lagerstätten befinden sich auf Nauru in der Marshallgruppe und Angaur in den Palauinseln. Auch auf anderen Inseln der Südsee, z. B. auf Feis und Phelilju, ist das Vorkommen von Phosphat festgestellt. Der Abbau des Phosphates in der Südsee ist der denkbar einfachste, weil dieser Bodenschatz dort an der Erdoberfläche lagert. Diese Tatsache sowie der Umstand, daß der Umfang der Phosphatlager auf Nauru und Angaur allein mit 45 Millionen Tonnen errechnet worden ist, verleihen diesen Gebieten einen außerordentlich hohen Wert. Nach Schätzungen von Carl Elschner, der mehrere Jahre den Abbau des Phosphates auf Nauru persönlich leitete, und Dr. Paul Hambruch, der sich studienhalber längere Zeit in Nauru aufhielt, sollen die Lagerstätten auf Nauru sogar noch erheblich größer sein. Nirgends in der ganzen Welt finden sich Phosphate von gleicher Güte in solcher Mächtigkeit. Die Phosphate in Florida, Tunis, Algier und Palästina sind alle infolge ihrer chemischen Zusammensetzung von erheblich geringerer Beschaffenheit. Die Ausfuhr von Phosphaten begann 1907 mit 4000 Tonnen aus Nauru; sie nahm aber bald einen lebhaften Aufschwung, und als fünf Jahre später auch der Export von Angaur aufgenommen war, wurden 193 125 000 Kilogramm im Werte von rund 5 Millionen M. ausgeführt.

Neben dem wirtschaftlichen Werte der Südsee-Besitzungen dürfen die politischen Gesichtspunkte nicht unerwähnt bleiben. Es kann nach allem, was der Krieg uns gelehrt hat, wohl keinem Zweifel unterliegen, daß von unseren Feinden eine völlige Beschränkung Deutschlands auf Europa geplant wird. Wenn die deutsche Regierung beim Friedensschluß einwilligen würde, die deutsche Flagge aus dem Stillen Ozean zurückzuziehen, so würde die deutsche weltpolitische Betätigung eine nicht wieder gutzumachende Einschränkung erfahren. Deutschland kann im Interesse seiner Industrie, seiner Schiffahrt und seines Handels auf die Gebiete seiner bisherigen Betätigung auf der anderen Seite der Erde nicht verzichten, wenn der deutschen Volkswirtschaft nicht ein unabsehbarer Schaden zugefügt werden soll.

Devisenkurse

Berlin, 23. Jan. Die telegraphischen Auszahlungen stellen sich heute für

	Geld	Brief
Holland	215½	216
Dänemark	152½	153
Schweden	163¾	163¾
Norwegen	161¼	161¾
Schweiz	112½	112¾
Oesterreich-Ungarn	66.55	66.65
Bulgarien	80	80½
Konstantinopel für ein türkisches Pfund	18.95	19.05
Spanien für 100 Pesetas	116½	117½

Börsenstimmungsbild

Berlin, 23. Jan. Blieb auch das Geschäft an der Börse infolge der anhaltenden Zurückhaltung äußerst gering, so war doch ein fester Grundton unverkennbar, der im Verlaufe etwas deutlicher zum Ausdruck kam. Anfangs waren — und dies besonders auf dem Schiffahrtsmarkte — leichte Rückgänge in der Mehrzahl, die aber später zum Teil wieder ausgeglichen wurden. Auch Petroleumaktien waren gebessert. Bei Elberfelder Farben ist ein kursmäßiger Abschlag von 188 Proz. für das Bezugsrecht zu beachten. Am Rentenmarkt hat sich nichts wesentlich verändert.

Produktenbericht.

Berlin, 23. Jan. Die Zufuhren von Brotgetreide sind augenblicklich wenig umfangreich, dagegen sollen, wie berichtet wird, die Mühlen in der Provinz reichlicher beliefert werden. Geschäftlich hat sich im Warenverkehr wenig verändert. Die Nachfrage nach Sämereien, Rauhfutter sowie Ersatzfuttermitteln bleibt unverändert rege. Die zur Verfügung stehende Ware reicht aber bei weitem nicht zur Befriedigung aus. Der Verkehr in Rüben ist kaum nennenswert.

* **Zur Preisfrage in der Kali-Industrie** wird bekannt, daß die Eingabe des Kalisyndikats wegen Erhöhung der Preise ganz vor kurzem an den Bundesrat abgegangen sei; es sollen verschiedene Stellen im Bundesrate der Eingabe wohlwollend gegenüberstehen.

* **Consolidierte Alkaliwerke zu Westeregeln.** Der Gesellschaft wird für ihr Kaliwerk Germersleben vom 1. November 1917 ab eine endgültige Beteiligungsziffer in Höhe von 5,2032 Tausendsteln gewährt. Sie entspricht 91 v. H. der durchschnittlichen Beteiligungziffer aller Werke. Diese Beteiligungsziffer wird für das fünfte Jahr seit Antreffen des Kalilagers, d. h. bis zum 31. März 1918, um zehn vom Hundert gekürzt.

Letzte Telegramme

Die Arbeit wieder aufgenommen

Prag, 23. Jan. Nach 24stündiger Arbeitsruhe ist heute früh die Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen worden.

Zur Charterung der holländischen Schiffe für Amerika

London, 23. Jan. Das Reutersche Büro erfährt bezüglich der Washingtoner Meldung über die Charterung von über 80 für die Vereinigten Staaten in amerikanischen Häfen zurückgehaltenen holländischen Schiffen, daß dieses Abkommen nur einen modus vivendi bis zu einem Abkommen auf breiterer Grundlage zwischen den Alliierten und Holland schaffen solle. Dieses Abkommen sei Gegenstand einer neuen Beratung in London zwischen Vertretern der Alliierten und der Niederlande gewesen.

Ein japanischer Kreuzer festgekommen

Amsterdam, 23. Jan. Die Niederländisch-Indische Presseagentur meldet aus Batavia vom 14. Januar: Der japanische Kreuzer „Kasuga" ist auf den Riffen von Tandjong Oelar Tandjoeng Klian nordwestlich von Banka aufgefahren. Das Schiff versucht mit eigener Kraft loszukommen.

Wetterbericht

vom 23. Januar: Tagsüber herrschte gestern im größten Teile Deutschlands teilweise heiteres und trockenes Wetter. Heute hat die Bewölkung zumeist wieder zugenommen, und in den westlichen Gebietsteilen ist nachts etwas Regen gefallen. Die Morgentemperatur liegt im Westen 10 Grad über Null, östlich der Weichsel herrscht leichter Frost. — Aussichten für Donnerstag: Wolkig, mild, nirgends erhebliche Niederschläge.

Verantwortlich:
für den politischen Teil: Dr. Hans Simon; für Provinz, Börsen- und Handelsteil: Georg Fernandes; für Oertliches und den übrigen Teil: Adolf Meyer; für den Anzeigenteil: Otto Kreibohm, sämtlich in Halle.

Bei unverlangten Einsendungen übernimmt die Schriftleitung keinerlei Gewähr für Aufbewahrung oder Rücksendung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191801241-16/fragment/page=0004